

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ACHTES JAHR

MAI 1957

WILHELM WOLFGANG SCHÜTZ

Im Kampf um autonome Lebensbereiche

Vielleicht hat es des Freiheitskampfes der Völker Mittel- und Südosteuropas bedurft, um den Westeuropäern deutlich zu machen, was der Inhalt eines freiheitlichen Daseins überhaupt ist. Gewiß, für das deutsche Volk wirkten die sowjetische Besatzung und das von ihr erzwungene Regime in Ost-Berlin von Anfang an als ein tagtägliches Anschauungsunterricht. Beweis: die vernichtenden Niederlagen der Kommunistischen Partei bei allen Wahlen in der Bundesrepublik und im freien Berlin während der zwölf Jahre seit Kriegsende. Anders jedoch die romanischen Völker, wo die Kommunistische Partei erhebliche Positionen innehatte, vor allem in Frankreich und Italien. Dort bedurfte es des ungarischen Freiheitskampfes, um den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen und die Mehrheit, die der kommunistische Flügel hier und dort in der Gewerkschaftsbewegung errungen hatte, zu brechen. Insofern war die Wirkung dieses Freiheitskampfes auf Frankreich und Italien zunächst sogar ausgeprägter als in Deutschland, wo vorher die Verführung gar nicht eingesetzt hatte.

Zugleich aber haben diese Ereignisse deutlich gemacht, wie einig sich die Völker West-, Mittel- und Osteuropas in ihrer grundsätzlichen Einstellung und Gefühlslage geblieben sind. Sie lehnen in ihrer überwältigenden Mehrheit ab, was ihnen vom Kommunismus als Regierungs- und Lebensform geboten wird. Und zwar gilt dies für alle sozialen Schichten und für alle Generationen. Das Bild Europas wird bestimmt durch das harte Nein gerade auch der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Regime, das sich anmaßt, im Namen der arbeitenden Bevölkerung zu sprechen. Aber auch der Blick in die Zukunft wird bestimmt durch das Nein, das gerade jene Generation ausspricht, um die das Regime mit besonderem Eifer wirbt, nämlich die Jugend.

Was aber ist es, wofür diese junge Generation eintritt? Und was zwingt die Arbeitnehmerschaft ebenso wie die sog. technische Intelligenz zum permanenten Widerstand?

Die Antwort liegt nahe, daß die Bevölkerung jenseits der west-östlichen Demarkationslinie sich nach westlichen Methoden und Zielen sehnt. Aber dieser Deutung widersprechen allzu viele Äußerungen in allen betroffenen Völkern. Der ungarische Freiheitskampf zielte keineswegs auf eine Restauration altungarischer Verhältnisse ab. Und die wenigsten Deutschen in der Sowjetzone verstehen unter Wiedervereinigung einen bloßen Anschluß an die Bundesrepublik. In den Augen dieser Deutschen, die sich im Widerstand bewährt haben, wird ein wiedervereinigtes Deutschland etwas Neues sein, das zwar die freiheitlichen Grundlagen westlicher Prägung besitzen, aber keineswegs alle Methoden und Formen der Bundesrepublik übernehmen, geschweige denn der Bevölkerung und dem Land jenseits der Elbe aufnötigen wird. Davon ist überhaupt keine Rede. Daß hingegen

der freie Westen nicht gewillt ist, etwa kommunistische Prinzipien oder Methoden anzunehmen, ist schlechterdings selbstverständlich und durch die einmütige Ablehnung des Kommunismus durch alle Schichten der Bevölkerung immer wieder bewiesen worden.

Daraus ergibt sich, daß etwas Neues, Drittes entstehen wird, und zwar sowohl in einem wiedervereinigten Deutschland wie auch in einem wiedervereinigten Europa. Die Ziele, die sich die Ungarn und Polen im Herbst vergangenen Jahres setzten, sind ebenso aufschlußreich wie alles, was von den Männern und Frauen des Widerstandes in Mitteldeutschland vertreten wird. Entscheidend bleibt der Gegensatz zwischen Rechtsstaat und Willkürstaat. Hier sind keine Kompromisse möglich, und hier erwartet die Bevölkerung jenseits der Demarkationslinie nicht weniger sondern womöglich mehr Entschiedenheit der freien Welt. Denn an diesem Punkt, wo sich die Freiheit des Einzelmenschen und der Familie an dem Anspruch des totalitären Staates stößt, entzündet sich der unerbittlichste Gegensatz.

In einem weiteren Umfang, als es ursprünglich im Westen gesehen wurde, hat sich die Autonomie der Lebensbereiche als ursprüngliches und unabdingbares Anliegen der Völker erwiesen. Kennzeichnend dafür ist die Gewerkschaftsbewegung. In dem Augenblick, in dem die Gewerkschaften aufhören, Vertretung der Arbeitnehmerschaft zu sein, anstatt dessen aber den Staat und die Partei gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern vertreten, verwandeln sie sich nicht etwa nur in der Theorie, sondern auch im Bewußtsein der Bevölkerung in das gerade Gegenteil. Sie werden Machtinstrument des ausbeutenden Staates, mögen sie sich auch noch so sehr mit gewerkschaftlichen Organisationsformen versehen.

Nicht anders verhält es sich mit den anderen autonomen Bezirken des gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Lebens. Die Freie Deutsche Jugend wird nicht deswegen abgelehnt, weil sie diese oder jene Erwartung nicht erfüllen würde. Sie wird abgelehnt, weil sie den Makel der Staatsorganisation an sich trägt und über Macht und Mittel verfügt, den Abseitsstehenden oder Widersprechenden auch außerhalb der Jugendorganisation mit totalitärem Zwang zu bedrängen.

Auf diese Weise entsteht die für den westlichen Beschauer vielleicht zunächst überraschende Situation, daß nämliche einzelne Funktionen dieser totalitären Staatsorganisationen von der Bevölkerung durchaus genutzt werden, während die Organisation als Ganzes abgelehnt wird, weil sie nämlich der verlängerte Arm des Staates ist, der mit Totalitätsanspruch auftritt und deswegen als unversöhnlicher Gegner empfunden wird. Ob sich dabei nach kommunistischer Ideologie die Partei dazwischenschiebt oder nicht, spielt nach den Erfahrungen von mehr als einem Jahrzehnt keine Rolle mehr. Die Identität von totalitärem Staat und totalitärer Partei ist unverkennbar.

Zu diesen Spannungen und Gegensätzen kommt aber als gewichtiger Faktor die bedrückende Gewißheit, daß selbst der kommunistische Staat noch keineswegs die letzte Instanz ist, von der die Direktiven ausgehen. Über allem steht die Sowjetunion. Die kommunistischen Regime sind durch die Präsenz der russischen Besatzung in eine hoffnungslose Lage gebracht worden, aus der sich dann einige durch die Wendung zum Nationalbolschewismus zu retten suchten. Wie erbittert dieser Gegensatz ist, haben die Ereignisse des vergangenen Herbstes bewiesen. Wie sehr sich auch die sowjetische Regierung dieser für sie höchst prekären Situation bewußt zu sein scheint, das zeigen nicht nur die sogenannten Entstalinisierungsmaßnahmen in den Satellitenländern und nicht nur das zeitweilige Eingeständnis, daß es selbst nach Ansicht Moskaus „verschiedene Wege zum Sozialismus“ gebe. Das beweist fast noch dramatischer die neurotische Reaktion des Kreml auf die dynamische Kraft, die fast alle diese sogenannten „nationalen Sozialismen“ entfaltet. Auf dem einen wie dem anderen Wege sucht die Sowjetunion ja schließlich ihr Interesse zu wahren. Als sie jedoch entdeckte, daß sich selbst unter der Ägide kommunistischer Statthalter in den Satellitenländern nichts als Feindschaft gegen die sowjetische Oberherrschaft entwickelt hatte, wurden rasch wieder alle Schleusen geschlossen und die

alten Drahtverhaue erneut aufgebaut. Die erbitterte Heftigkeit dieser sowjetischen Reaktion auf das Nationalgefühl der unterjochten Völker ist der Gradmesser für die Unüberbrückbarkeit des nationalen wie des geistigen Gegensatzes. Nichts anderes scheint zu fruchten als äußerste Gewalt — und diese muß in letzter Analyse ebenfalls versagen — jedenfalls auf die Dauer.

Es liegt in der Natur der politischen Dinge, daß gerade dieser Restauration der russischen Hegemonie der Keim zu neuen Gegensätzen innewohnt. Der nationale Gegensatz ließe sich wohl mildern, wenn nicht der verschärfte Druck der kommunistischen Regime auf Kosten nicht nur dieser Einzelregime sondern des gesamten Hegemonialsystems auch die Gegnerschaft zur Sowjetunion immer wieder schüren würde. Die nationale Selbstbestimmung erhält so ein Eigengewicht und einen Selbstwert, der mit der Dauer und Heftigkeit der Versagung ständig wächst.

Auf diese Weise finden sich die in milderem Klima lebenden Westeuropäer in eigenartiger Weise mit einer Renaissance von Nationalgefühlen konfrontiert, die zugleich als Bestandteil des Freiheitswillens bewundert, aber auch als Substanz mit eigener Sprengkraft einigermaßen vorsichtig beobachtet werden. So weiß insbesondere Deutschland, das in ständiger Gemeinsamkeit des Volkes lebt, selbst wenn eine Zwangsgrenze mitten durch das Land läuft, daß kein noch so sinnvoller Versuch, die europäischen Völker zusammenzuschließen, von der Notwendigkeit der nationalen Selbstbestimmung ablenken kann. Für Deutschland bedeutet das nichts anderes als die deutsche Wiedervereinigung. Das ist auch der einzige Weg, um einen Neo-Nationalismus zu verhindern, den die Versagung der staatlichen Einheit und die Unterwerfung unter fremde Hegemonialpläne auf die Dauer heraufbeschwören könnten. Die Autonomie des nationalen Lebensbereiches ist die beste Garantie gegen die Krankheit des Nationalismus und damit auch die einzig verlässliche Grundlage für eine ehrliche Bereitschaft, den Weg zu überstaatlichen Zusammenschlüssen einzuschlagen.